

Ambedkars Bewegung und ihr schwieriges Erbe:

Kastenpolitik in Indien zwischen Emanzipation und Opportunismus

Von Thomas Bärthlein und Evelin Hust

Wahrscheinlich hätte 1947 kaum jemand vorhergesagt, daß 50 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit Kaste und Kastenzugehörigkeit nach wie vor eine entscheidende Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben Indiens spielen würden. Die Bewegung der Unberührbaren unter Ambedkar, auf die hier zunächst eingegangen wird, hatte gewisse Erfolge im Kampf gegen das Kastensystem: In der Verfassung von 1950 wurde die Praxis der Unberührbarkeit verboten und den nun als "Scheduled Castes" (SC) bezeichneten Kasten durch Quotierungen Sonderrechte eingeräumt. Weil man davon überzeugt war, daß im Zuge der Modernisierung primordiale Identitäten wie Kaste immer mehr an Bedeutung verlieren würden, sollten diese Reservierungen nur einen vorübergehenden Charakter haben. Einerseits stellt sich also die Frage nach den Gründen, warum sich diese Annahmen als trügerisch erwiesen haben, andererseits auch nach den Veränderungen, die der Aufbruch der Unterdrückten angestoßen hat, einschließlich des von oberen Kasten, aber auch der politischen Linken häufig beklagten "Kastismus" (casteism), der als engstirniger, machtgieriger Auswuchs einer ursprünglich emanzipatorisch ausgerichteten Idee verstanden wird.

Lange Zeit ist den eigenständigen Bewegungen der Unberührbaren vor der Unabhängigkeit Indiens wenig Beachtung geschenkt worden. Im Vordergrund des Interesses standen eher die Bemühungen Gandhis um die Verbesserung ihres Loses, während die Rolle Dr. Bhima Rao Ambedkars, des wohl wichtigsten Gegenspielers Gandhis in dieser Frage, kaum berücksichtigt wurde. Dabei hat sein Engagement und politisches Geschick, insbesondere durch sein Mitwirken an der indischen Verfassung, die heutige Situation der Unberührbaren stark beeinflusst.

Gandhi und Ambedkar hatten zwei völlig unterschiedliche Ansätze, die sich größtenteils aus ihrem biographischen Hintergrund ableiten lassen. Im Gegensatz zu Gandhi war Ambedkar selbst ein Unberührbarer und hatte die demütigenden Auswirkungen des Kastensystems am eigenen Leib verspürt. Obwohl er durch seine hervorragende Bildung den meisten Kastenhindus bei weitem überlegen war, erhielt er nach seinen Studienaufenthalten in den USA und Großbritannien in Indien wenig Anerkennung und wurde zunächst auch in seiner beruflichen Laufbahn eingeschränkt. In den 20er Jahren etablierte er sich in Bombay nach und nach als Fürsprecher der Unberührbaren. Sein Ziel war zunächst die Bewußtmachung der schlechten Situation seiner Kastengenossen. In den dreißiger Jahren verstärkte sich dann die politische Stoßrichtung,

vor allem durch die Ankündigung der Briten, die Selbstverwaltung Indiens sukzessive zu erweitern.

Gandhi und Ambedkar trafen sich zum erstenmal im August 1931. Ambedkar hatte zuvor auf der ersten 'Round Table Conference' (RTC) 1930 die Interessen der Unberührbaren vertreten. Bei diesem Treffen und auf der zweiten RTC 1931 wurden die Differenzen der beiden Politiker deutlich. Gandhi vertrat eine Strategie, die man als "Harijan-Konzept" bezeichnen könnte. Zugrunde lag diesem Verständnis eine paternalistische Einstellung den Unberührbaren gegenüber und der Versuch, die Praxis der Unberührbarkeit aus der Varna-Ideologie zu verbannen. Die Methoden waren Verbesserung der Bildung für die "Harijans" und an die Kastenhindus gerichtete Überzeugungsarbeit für die Beendigung der Unberührbarkeit. "Rechte" der Unberührbaren, die Entwicklung einer eigenen Führungselite und gleichberechtigte Partizipation waren nicht Teil seines Harijan-Konzepts (diese Einstellung wird an einer für Gandhi nicht sehr schmeichelhaften Äußerung deutlich, die er gegenüber einem Missionar in seiner Zeitung 'Harijan' am 19. Dezember 1936 gemacht hatte. Er hatte gesagt, daß dieser zwar für die Harijans beten könne, aber nicht versuchen solle, sie zu konvertieren, mit der Begründung "[they do not have] the mind and intelligence to understand what you talked... Would you preach the Gospel to a cow?").

Ambedkar vertrat demgegenüber einen politisch-pragmatischen Ansatz, den man als das "Scheduled-Castes-Konzept" bezeichnen könnte. Ihm ging es um die Sicherung der bürgerlichen und politischen Rechte, Wahl eigener Repräsentanten in allen Körperschaften, Verbesserung der Bildungssituation sowie soziale und religiöse Anerkennung. Dabei vertrat er sowohl aus politischen als auch emotionalen Motiven die Auffassung, daß die Unberührbaren eine religiöse Minderheit in Indien seien. Deshalb forderte er, dem Beispiel der Moslems folgend, getrennte Wählerschaften. 1932 gaben die Briten den Communal Award bekannt, der eben dies den Depressed Classes zugestand. Daraufhin kündigte Gandhi ein Fasten bis zum Tode an. Für ihn war die Anerkennung der Unberührbaren als Minderheit außerhalb des Hinduismus ein Auswuchs der divide et impera-Strategie der Briten ("Depressed Classes" war die in der Kolonialzeit übliche offizielle Bezeichnung für die Unberührbaren, entsprechend dem heutigen "Scheduled Castes". Als politische Selbstbezeichnung hat sich, statt des als paternalistisch abgelehnten "Harijans" inzwischen der kämpferische Ausdruck "Dalits", "Unterdrückte", durchgesetzt. "Getrennte Wählerschaften" bedeutete, daß die reservierten Mandate für Minoritäten nur von diesen bestimmt wurden, während die heutige Praxis so aussieht, daß zwar Parlamentssitze für Scheduled Castes reserviert sind, die Kandidaten in den be-

treffenden Wahlkreisen aber von allen Wahlberechtigten gewählt werden. D.h. ein Dalit-Kandidat kann nicht erwarten, mit radikalen Ansichten erfolgreich zu sein, weil er immer auch eine große Anzahl von Kasten-Hindus in seinem Wahlkreis hinter sich haben muß).

Nach zähen Verhandlungen zwischen Ambedkar und Gandhi kam es letztendlich zu einem Kompromiß, der als Puna-Pakt in die Geschichte einging. Dabei verzichtete Ambedkar auf getrennte Wählerschaften, und es wurde stattdessen eine hohe Anzahl reservierter Sitze eingeführt.

Nach der Unabhängigkeit war Ambedkar zunächst Mitglied der Constituent Assembly und später auch Justizminister im Kabinett Nehrus. Allerdings mußte er erkennen, daß trotz verfassungsrechtlicher Abschaffung der Unberührbarkeit und Reservierungen in verschiedenen öffentlichen Stellen und Parlamenten sich die Situation der Unberührbaren nicht fundamental geändert hatte. Politisch hatte er alles ihm Mögliche durchgesetzt, und die von ihm gegründeten Parteien hatten gegen den 'Congress' im Wahlkampf Niederlagen hinnehmen müssen. So wandte er sich immer mehr der schon 1935 angekündigten Konvertierung zu. Unberührbarkeit war für Ambedkar unauslöschlich mit dem Hinduismus verbunden. Deshalb sah er zur Überwindung von Kaste nur noch die Möglichkeit, aus dieser Religion auszuscheiden. Seit seiner Ankündigung "I will not die a Hindu" hatte er sich mit den auf dem Subkontinent vertretenen Religionen auseinandergesetzt, um eine zur Konvertierung geeignete zu identifizieren. Aus politischen Gründen hatte er lange mit der Drohung des Übertritts zum Islam gespielt, um die Kastenhindus zur Kooperation zu zwingen. Diese Strategie war nach der Teilung Indiens unsinnig geworden, und er favorisierte immer mehr den in Indien kaum noch verbreiteten Buddhismus. Diese Religion erfüllte seine Kriterien für eine soziale Ideologie, die den Unberührbaren Stolz und Selbstachtung vermitteln und für immer ihre Identität als Unberührbare tilgen konnte. Zur Konvertierung zum Buddhismus kam es allerdings erst 1956, kurz vor Ambedkars Tod, wobei fast eine halbe Million Menschen seinem Aufruf folgten.

Ganz im Gegensatz zur Zielsetzung Ambedkars, der die Institution Kaste zu überwinden hoffte, hat sich diese in den meisten Bundesstaaten des unabhängigen Indien (vielleicht mit Ausnahme von Bengalen und Kerala) als die wichtigste Identität im politischen Leben erwiesen. In Bihar und Uttar Pradesh (U.P.), aber auch in südindischen Staaten wie Karnataka, werden Wahlen auf der Grundlage von Kasten-Bündnissen gewonnen.



Anhänger von Ambedkar vor einer seiner Statuen (Foto: 'India Today')

Inzwischen sehen sich selbst die kommunistischen Parteien, die die Kastenfrage lange verdrängt haben, gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen. Es wäre allerdings falsch, dieses Phänomen einfach als "traditionell" zu bezeichnen. Während das "Kastensystem" im Alltag auch auf dem Land an Rigidität verliert, z.B. die endogame Gruppe größer wird oder überlieferte Tabus langsam "austerben", hat sich seit der Kolonialzeit eine neue Rolle der Kasten herausgebildet: Sie fungieren als Interessengruppen im Kampf um Ressourcen, politischen Einfluß und Posten. Natürlich müssen sie zu diesem Zweck eine gewisse Größe aufweisen, so daß sich vorher kleine und lokal begrenzte Gruppen regional bzw. auf Bundesstaaten-Ebene verbünden, um eine schlagkräftige "ethnische" Lobby zu bilden. Im Fall von U.P. läßt sich anschaulich zeigen, wie weit dies in den einzelnen politischen Parteien gediehen ist: Stützte sich die bis in die 1960er Jahre auch in Nordindien dominante Partei, der 'Congress', noch auf eine "Regenbogenkoalition" aus oberen Kasten, Moslems und Dalits, so ist in der politischen Landschaft, wo der "ethnische Faktor" eine größere Rolle spielt als früher, dafür kein Platz mehr. Laut Umfragen stimmten bei den Lok Sabha-Wahlen im vergangenen Jahr in U.P. 63 Prozent der Dalits für die 'Bahujan Samaj Party' (BSP), jeweils 73 Prozent der Moslems und Yadavs für die Parteien, die später die Regierungskoalition 'United Front' bildeten und sogar 87 Prozent der Angehörigen hoher Kasten für die 'Bharatiya Janata Party' (BJP). Der 'Congress' hat hingegen stark an Bedeutung verloren.

Zur wichtigsten Ursache von Kastenkonflikten im unabhängigen Indien ist die Reservierung von Posten im öffentlichen Dienst nach Quoten geworden. Ist die Quote für Scheduled Castes/ Scheduled Tribes heute weitgehend akzeptiert, so hat die Ankündigung des damaligen Premierministers V.P. Singh 1990, den Empfehlungen der Mandal-Kommission folgend weitere Quoten für Shudras (in der offiziellen Terminologie "Other Backward Classes", OBC genannt) einzuführen, für enormen Aufruhr gesorgt. Nach wie vor ist umstritten, welchen Nutzen die Reservierungen haben. Bevorzugen sie nicht nur diejenigen unter den OBCs, die ohnehin schon am besten gestellt sind? Und wie groß ist der Schaden, der sich daraus ergibt, daß man nicht einfach die Kandidaten mit der besten Qualifikation einstellt? Es bleibt abzuwarten, wie sich der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft im Zuge der Liberalisierung auswirken wird. Möglicherweise stellt sich ja heraus, daß die OBCs mit ihrer Jagd nach Ämtern im Staatsdienst auf das falsche Pferd gesetzt

haben.

Die "höheren" Shudras profitierten in Nordindien von der Abschaffung des Großgrundbesitzes in den 50er Jahren - besonders die Kasten der Jats, Yadavs, Kurmis und Koeris. Danach blockierten diese mittleren Bauern erfolgreich weitere Landreformen - mit dem Ergebnis, daß z.B. bis heute nur 28 Prozent der Dalit-Bauern Indiens auf ihrem eigenen, meist winzigen Stück Land arbeiten. 1967 gelang es den genannten Kasten zum erstenmal, die Regierungsgeschäfte in den hindisprachigen Bundesstaaten, die bisher bei der 'Congress'-Partei lagen, zu übernehmen. Bis heute haben von diesen Kräften dominierte politische Formationen unter wechselnden Namen eine zentrale Rolle gespielt. Ihre wichtigsten Politiker waren ab 1960 zunächst Ram Manohar Lohia und Charan Singh; heute sind es Mulayam Singh Yadav ('Samajwadi Party', SP) und Laloo Prasad Yadav (bis vor kurzem 'Janata Dal'). Mit der Dominanz vor allem der Yadavs ist allerdings keine spürbare Besserung der Position von "niedrigen" Shudras und Dalits einhergegangen.

Zwar lassen sich gewisse statistische Veränderungen nicht bestreiten: Der Zensus von 1931 verzeichnete knapp zwei Prozent Dalits, die lesen und schreiben konnten, während diese Zahl für 1991 bei über 37 Prozent liegt. Bis heute reicht jedoch die Bildung oft nicht aus, um die für sie reservierte Quote an Ämtern im Staatsdienst auszufüllen: In den höchsten Stufen der "Central Services", Klasse I und II, liegt der Anteil der Dalits bei 6,9 bzw 10,4 Prozent. Von Chancengleichheit kann also nach wie vor nicht die Rede sein. 1978 kam eine Untersuchung der indischen Regierung zu dem Ergebnis, daß in 53 Prozent der Dörfer Dalits an der Benutzung von Dorfbrunnen gehindert wurden.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß politische Agitation für die Rechte der Dalits heute genauso populär ist, wie zu Zeiten Ambedkars. Seit 1984 hat sich mit der von Kanshi Ram gegründeten BSP zum erstenmal in der Geschichte des unabhängigen Indien eine einflußreiche Dalit-Partei etabliert, die gegenwärtig mit Mayawati zum zweitenmal die Ministerpräsidentin von U.P. stellt. Der wohl einschneidendste Unterschied zu Ambedkars Zeiten liegt im Verzicht auf eine radikale Programmatik gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen. Die BSP betont die Kastenidentität und benutzt die ethnisierte Politik, um in taktisch rasch wechselnden Koalitionen an die Macht zu gelangen: Nach der Aufkündigung der Koalition mit Mulayam Singhs SP 1995, bildete Mayawati eine Regierung mit Tolerierung der BJP, verbündete sich im Wahlkampf 1996 mit dem 'Congress', um anschließend wie-

der mit der BJP eine Koalition einzugehen. Dieses Verhalten hat der BSP den Vorwurf des machtgerigen Opportunismus und "Kastismus" eingetragen. Vor allem die Linke kann sich nicht damit abfinden, daß sich Mayawati ausgerechnet mit der hochkastigen und kommunistischen BJP arrangieren will, nicht aber mit der OBC-Partei Mulayam Singhs. Die häufig angebotene Erklärung, es liege an persönlichen Animositäten zwischen den Politikern, verdeckt jedoch die enormen sozialen Unterschiede zwischen den dominanten landbesitzenden Kasten wie den Yadavs und den Dalits. Für Kanshi Rams BSP sind die Yadavs außerdem politische Konkurrenten, Rivalen im Kampf um die Gunst der Moslems und der unteren Shudras, die man als Teil der angestrebten "gesellschaftlichen Mehrheit" (darauf spielt der Name 'Bahujan Samaj Party' an) für sich gewinnen will; die BJP hingegen scheint hierfür ungefährlich.

Das bunte gesellschaftliche Mosaik Indiens verhindert, daß noch so erfolgreiche ethnische Mobilisierungen (sei es nun auf religiöser, Sprach- oder Kasten-Basis) einer Partei langfristig stabile Mehrheiten verschaffen - es wird im Erfolgsfall immer über kurz oder lang zu neuen Spaltungen kommen. Die häufigen Wahlgänge in U.P. etwa haben über die vergangenen Jahre demonstriert, daß zwar jede Partei ihr Potential ausschöpfen kann, anschließend aber zu Koalitionen mit den gerade noch beschimpften "Erzfeinden" gezwungen ist. Der einzige Weg aus dieser Sackgasse, die Verknüpfung der Kasten-Diskussion mit anderen Inhalten - sei es nun Wirtschaftspolitik, Bildung, Korruption oder soziale Reformen -, scheint im Unterschied zu Ambedkars Zeiten heute nur mehr ansatzweise vorhanden zu sein.

Literatur:

- Bidwai, Praful: 'An unfinished revolution. The meaning of Dalit self-assertion'. Frontline, 20.5.1994.
- Chandra, Kanchan/ Chandrika Parmar: 'Party strategies in the Uttar Pradesh Assembly Elections, 1996'. EPW, 1.2.1997.
- Gokhale, J.: From Concession to Confrontation. Bombay 1993.
- Jain, Ravindra K.: 'Hierarchy, Hegemony and Dominance. Politics of Ethnicity in Uttar Pradesh, 1995. EPW, 27.1.1996.
- Keer, D.: Dr. Ambedkar. Life and Mission. Bombay 1981 (1954).
- Nambissan, Geetha B.: 'Equity in Education? Schooling of Dalit Children in India'. EPW, 20.-27.4.1996.
- Srinivas, M. N. (hg.): Caste. Ist Twentieth Century Avatar. New Delhi 1996.
- Zelliot, E.M.: From Untouchable to Dalit. Essays on the Ambedkar Movement. Delhi 1992.